



GESELLSCHAFT FÜR POLITISCH-STRATEGISCHE STUDIEN

SOCIETE D'ETUDES POLITIQUES-STRATEGIQUES
SOCIETY FOR POLITICO-STRATEGIC STUDIES

STRATEG-Brief Nr. 2/ China – Neues Selbstbewusstsein des asiatischen Riesen

China tritt am internationalen Parkett als aufstrebende Macht zunehmend selbstbewusster in Erscheinung. Maßgeblicher Grund für die gestärkte Position dieses mit 1,3 Milliarden Einwohnern bevölkerungsreichsten und mit einer Fläche von 9,5 Millionen km² immerhin viertgrößten Landes der Erde ist, dass seine wirtschaftliche Entwicklung rasant voranschreitet.

Die Weltwirtschaftskrise hat China bis jetzt nicht nur gut überstanden, sondern ist aus ihr gestärkt hervorgegangen. Dass es im Zuge der Krise überhaupt Wirtschaftswachstum gab, ist zu einem Gutteil dem Motor China zu verdanken. China gewinnt damit zunehmend an Einfluss, da seine Wirtschaft auch die anderer Länder „mitreißt“. Im vergangenen Jahr ist Chinas Wirtschaftswachstum zwar leicht zurückgegangen, es betrug aber immer noch 8,7%. China könnte heuer gemessen am BIP bereits die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt werden. Das BIP pro Kopf liegt aber erst bei 3.600 Dollar und damit auf einer Ebene mit Staaten wie Albanien. Im Vergleich erwirtschaften US-Bürger 46.000 Dollar im Jahr. Hier hat China Aufholbedarf. Wichtig wäre ein verstärkter Inlandskonsum, da die chinesische Wirtschaft momentan stark auf Export beruht. Der wirtschaftliche Boom bedeutet einen hohen Rohstoffbedarf, der die internationale Konkurrenz um die Bodenschätze verschärft. Davon ist auch Europa betroffen, das gleichzeitig umfassende Handelsbeziehungen mit China pflegt. Die EU ist Chinas größter Handelspartner und China für die EU der zweitgrößte.

Das rasante Wirtschaftswachstum hat aufgrund der unzureichenden Umweltschutzmaßnahmen negative Auswirkungen auf die ökologische Weltlage. China ist der größte Produzent von klimaschädlichen Treibhausgasen und der zweitgrößte Energieverbraucher weltweit. Die Führung ist sich des Problems bewusst und setzt Gegenmaßnahmen. Noch heuer sollen 20% weniger Energie als vor vier Jahren verbraucht werden. China investiert große Summen in saubere Energie – mit 34,6 Milliarden Dollar fast doppelt so viel wie die USA. Im autoritären China ist ein Kurswechsel in diesem Bereich wesentlicher leichter durchzusetzen als in einer westlichen Demokratie; zu tun bleibt auf diesem Gebiet trotzdem noch sehr viel.

Chinas Aufstieg wird in anderen Staaten durchaus mit Argwohn betrachtet. In Südostasien haben sich die Waffenkäufe 2005-2009 fast verdoppelt. Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) ist der Ansicht, dass die Aufrüstung mit der Wahrnehmung einer Bedrohung durch China zusammenhängt. Die Streitigkeiten drehen sich um Souveränitätsansprüche Pekings im Südchinesischen Meer. China reklamiert große Teile dieses Meeres für sich und gerät dabei mit anderen Anrainerstaaten (Vietnam, Malaysia, Brunei, Indonesien, Philippinen) in Konflikt. Immer wieder kommt es zu Zwischenfällen auf See. Es geht dabei nicht nur um Hoheitsrechte an sich, sondern auch um unterseeische Öl- und Gasvorkommen, die China als ein auf Importe angewiesener Staat nutzen will. Als Reaktion scharen sich die anderen Anrainerstaaten verstärkt um die USA, die Chinas Ansprüche zurückweisen. Den USA kommt damit in der Region wieder größere Bedeutung zu. Das besondere Interesse der USA liegt in der ungehinderten Nutzung der für den Welthandel äußerst bedeutsamen Schifffahrtswege. Präsident Barack Obama erklärte, dass die USA beabsichtigten, eine „leadership role“ in Asien einzunehmen. Bemerkenswert ist die Annäherung zwischen den USA und Vietnam. Politiker und Militärs der beiden Staaten treffen sich regelmäßig, offizielle Beziehungen auf Ebene der Streitkräfte dürften noch heuer aufgenommen werden.

China sieht offiziell keinen Zusammenhang zwischen seiner Politik und der Aufrüstung in Südostasien. Einmischungen der USA in die Streitigkeiten um das Südchinesische Meer weist Peking zurück. Der Konflikt soll zwischen den unmittelbar Beteiligten gelöst werden. Aus Pekings Sicht sollten sich die USA nach Möglichkeit von Asien fernhalten. Washington

wiederum will Chinas Streben nach Erweiterung seiner Einflussphäre Grenzen setzen. Chinas Status als wichtiger internationaler „Player“ wird zwar anerkannt, aber gegenüber expansionistischen Tendenzen setzen die USA auf Eindämmung.

Die Differenzen zwischen Washington und Peking betreffen aber nicht nur Einflussphären, sondern auch die Wirtschaftsbeziehungen. China hält US-Schatzanleihen im Wert von 868 Milliarden Dollar und finanziert so in hohem Maße die Schulden der USA. Washington fordert vehement, dass China den Yuan aufwertet, damit das US-Handelsbilanzdefizit mit China verringert wird. Peking hat auf das Ansinnen nur verhalten reagiert und bestreitet einen Zusammenhang zwischen Handelsbilanzdefizit und seiner Währung. Die USA würden einen Sündenbock suchen und politische Antworten auf wirtschaftliche Fragen geben. Unter innenpolitischem Druck wurden im Kongress nun rechtliche Schritte eingeleitet, die in Handelssanktionen gegen China münden könnten. Ein Handelskrieg droht, wenn Peking und Washington nicht zu einer einvernehmlichen Lösung gelangen. Eine solche Konfrontation hätte unweigerlich Auswirkungen auf andere Fragen, darunter auch den Konflikt um die Nuklearrüstung Nordkoreas.

Nordkorea steuert derzeit auf eine kritische Phase zu. Der „liebe Führer“ Kim Jong-il hat die Machtübergabe an seinen Sohn Kim Jong-un eingeleitet – ein Unterfangen von äußerst unsicherem Ausgang, das Nordkorea noch unberechenbarer macht. China ist der engste Verbündete des Regimes, dieses ist zum Überleben auf die wirtschaftliche Unterstützung Pekings angewiesen. Dort sähe man gerne, wenn sich Pjöngjang ein Beispiel an den chinesischen Wirtschaftsreformen nähme. Peking fürchtet einen Zusammenbruch des von großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gezeichneten Landes. Was Peking nicht will, sind Nuklearwaffen als ständiger Quell von Instabilität in den Händen des Regimes. China bemüht sich daher, die Sechs-Parteiengespräche zwischen den beiden koreanischen Staaten, China, USA, Russland und Japan wieder in Gang zu bringen, um eine diplomatische Lösung des Streits um die Nuklearwaffen zu erreichen. Deren Hauptzweck aus nordkoreanischer Sicht ist wohl, Wirtschaftshilfe zu erpressen. Die Absicht, Druck zu erzeugen, war wohl auch das Motiv der Versenkung der südkoreanischen Korvette Cheonan im März 2010. Vermutlich versuchte das Regime auf diesem Weg, interne Geschlossenheit zu erreichen. Als Reaktion beschlossen die USA und ihr Verbündeter Südkorea, eine Reihe von Militärmanövern abzuhalten. Peking protestierte, da es keinen US-Flugzeugträger-Verband vor seiner Küste im Gelben Meer sehen will.

An Schärfe gewonnen haben auch die Differenzen zwischen China und Japan. Beide Staaten konkurrieren als ostasiatische Großmächte um Einfluss in der Region. Auch im Ostchinesischen Meer gibt es Gebietsstreitigkeiten. Bei den von beiden Staaten beanspruchten Diaoyu-Inseln kollidierte im September ein chinesisches Fischerboot mit japanischen Küstenwachschiffen. Der chinesische Kapitän wurde festgenommen und sollte vor Gericht gestellt werden. China war darüber besonders empört, weil es sich aus seiner Sicht um ein diplomatisches Problem handelte und nicht um eines, für das ein japanisches Gericht zuständig wäre. In Peking wurde der japanische Botschafter mehrmals einbestellt. China forderte eine Entschuldigung, drohte mit nicht näher spezifizierten Konsequenzen und brach eine Reihe von Kontakten mit Japan ab. Schließlich wurde begonnen, die Exporte wichtiger Grundstoffe für die japanische Industrie, der sogenannten „Seltenen Erden“, auf die China nahezu ein Monopol hat, zu blockieren. Um den Streit nicht eskalieren zu lassen, wurde der Kapitän schließlich freigelassen. Der japanische Ministerpräsident betonte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit China zu beiderseitigem Vorteil.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass China weiterhin an einem stabilen internationalen Umfeld interessiert ist, um Handel treiben zu können und die Wirtschaft am Wachsen zu halten. Es will dieses Umfeld aber auch in zunehmendem Maße in seinem Sinn gestalten. Dabei hat es die USA zum Konkurrenten, die China nicht das Feld überlassen wollen. Wirtschaftlich sind beide Staaten eng verbunden. Auch treffen sich die Interessen bei der Beendigung der Nuklearrüstung Nordkoreas. Im Ringen um Einfluss in der Region versuchen beide Staaten, die politischen Gewichte zu ihren Gunsten zu verändern. Dasselbe gilt sinngemäß auch für Chinas Nachbarn, die dabei zunehmend auf die USA als Verbündeten setzen.